

Neun Aktivisten, die in Gelb oder Weiß gekleidet waren, kletterten am Freitagmorgen gegen 9 Uhr über den Zaun des Flughafengeländes und postierten sich um eine Boeing 777 der Air France, die keine Passagiere an Bord hatte.

Mitglieder von Greenpeace haben am Freitag, dem 5. März, ein auf dem Flughafen Roissy-Charles-de-Gaulle (Val-d'Oise) geparktes Flugzeug der Air France teilweise in grüner Farbe umlackiert und der Regierung vorgeworfen, die Umweltprobleme des Flugverkehrs "grün zu waschen".

Neun Aktivisten, die in Gelb oder Weiß gekleidet waren, kletterten gegen 9 Uhr über den Zaun auf das Rollfeld des Flughafens und postierten sich um eine Boeing 777 der Air France, die ohne Passagiere an Bord auf dem Rollfeld stand. Mit einer an einer riesigen Stange montierten Walze strichen sie einen Teil des Flugzeugs grün an.

? Des membres de GreenPeace sont en train de peindre en vert un Boeing 777 d'Air France stocké à Paris CDG.

## pic.twitter.com/ne7InCMdBt

— air plus news (@airplusnews) March 5, 2021

Mit dieser Aktion wollten sie "greenwashing" veranschaulichen, also die ihrer Meinung nach irreführende Verwendung von Argumenten über gute Umweltpraktiken. Auf einem Flügel stehend, entrollten mehrere Aktivisten Plakate, auf denen zu lesen war: "Gibt es einen Piloten zur Rettung des Klimas?" oder "Die Lösung: weniger Flugzeuge".

Das Klimagesetz: eine "leere Hülle"

Die Flughafen-Polizei griff schnell ein und verhaftete die Aktivisten. Einige, die auf dem Dach oder dem Flügel der Maschine hockten, weigerten sich, herunterzukommen.

"Wir sind heute hier, um das 'Greenwashing' der Regierung in Bezug auf die Regulierung des Luftverkehrs und die Reduzierung der Emissionen anzuprangern, sowie den Mangel an Ehrgeiz des Gesetzes über Klima und Resilienz", das eine "leere Hülle" sei, sagte Sarah Fayolle, Referentin für Verkehrskampagnen bei Greenpeace Frankreich.

"Die Regierung präsentiert das grüne Flugzeug als die Wunderlösung, um den Sektor mit der Klimakrise kompatibel zu machen."



Das Klimagesetz, das einige der Vorschläge des Bürger-Klimakonvents aufgreift, wird Ende März in der Nationalversammlung und ab Montag in einem Sonderausschuss debattiert. In einer Erklärung forderte Greenpeace die Abgeordneten auf, weiter zu gehen, um nicht "so weiterzumachen wie bisher, ohne ein Entwicklungsmodell in Frage zu stellen, das auf unbegrenztem und klimatisch nicht nachhaltigem Verkehrswachstum basiert". Die NGO fordert außerdem den Staat auf, die Umschulung von Mitarbeitern in diesem Sektor zu unterstützen.